

Stellungnahme des Politbüros zur Gewährung von Sonderprämien zum Jahresende

Das Politbüro schlägt der Regierung der DDR vor, Sonderprämien zum Jahresende an die Arbeiter in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben zu zahlen. Es lehnt jedoch die Auszahlung von „Weihnachtsgratifikationen“ ab.

Begründung:

I

In Anbetracht der großen Leistungen, die die Werktätigen bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1952 vollbracht haben, empfiehlt das Politbüro der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, den Ministern und Staatssekretären mit eigenem Geschäftsbereich eine Summe von 80 Millionen DM zur Sonderprämiiierung zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag soll den wichtigen Betrieben zusätzlich zu den ihnen für die Prämiiierung zur Verfügung stehenden Mitteln übergeben werden.

Den Werkleitern wird empfohlen, diese ihnen übergebenen zusätzlichen Mittel nach folgenden Grundsätzen zu verteilen:

1. besonders an Arbeiter im Zeitlohn, die durch gute Arbeitsleistung, Arbeitsdisziplin und einwandfreie Arbeit die Planerfüllung unterstützt haben, aber
2. auch Arbeiter im Leistungslohn zu berücksichtigen, die durch die Qualität ihrer Arbeit den Aufschwung unserer Volkswirtschaft gefördert haben.

Diejenigen Beschäftigten, die unter die Prämienverordnung vom 26. Juni 1951 fallen, und die Beschäftigten mit hohem Einkommen werden verstehen, daß sie an dieser einmaligen Sonderprämiiierung nicht teilnehmen.

Andererseits ist zu fordern, Bummelanten und diejenigen von der Prämiiierung auszuschließen, die viel Ausschuß machen und damit das Tempo des Aufschwungs unserer Volkswirtschaft und die schnelle Verbesserung der Lebenshaltung aller Werktätigen hemmen.